

Unternehmensinterne Organisation eines Exportkontrollsystems

1. Exportkontrolle/ Rechtsgrundlagen

Außen- und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands sowie internationale Vereinbarungen setzen dem grundsätzlich freien Außenhandel Grenzen. Demgemäß bestehen konkrete Verbote und Genehmigungspflichten, insbesondere zur Kontrolle des Exports von Waffen- und Rüstungsgütern. Einer Genehmigungspflicht unterliegen jedoch auch bestimmte Waren, Dienstleistungen, Software und Technologie, die sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen können.

Rechtliche Grundlagen bilden das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) in Verbindung mit der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die EG-Dual-Use-Verordnung (Nr. 428/2009).

2. Ausfuhrverantwortlicher

Jedes Unternehmen, das Waffen und Rüstungsgüter oder Waren, Dienstleistungen, Software oder Technologie, welche in der europäischen oder deutschen Güterkontrollliste genannt sind, exportieren will, muß einen Ausfuhrverantwortlichen ernennen. Anträge auf Exportgenehmigung werden nur dann bearbeitet, wenn der Antrag von dem benannten Ausfuhrverantwortlichen unterzeichnet ist.

Der Ausfuhrverantwortliche muß dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) schriftlich benannt werden. Es muß sich um eine Person auf Geschäftsleitungsebene handeln. Je nach Rechtsform des Unternehmens ist dies ein Mitglied des Vorstandes, ein Geschäftsführer oder ein vertretungsberechtigter Gesellschafter.

3. Rechtsfolgen von Rechtsverstößen

Dem Ausfuhrverantwortlichen obliegt die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen des Exportkontrollrechts.

Die Verletzung rechtlicher Exportkontrollvorschriften kann dazu führen, daß die Zuverlässigkeit des Unternehmens als Ausführer seitens der BAFA verneint wird mit der Folge, daß Ausfuhranträge abgelehnt und ggf. erteilte Genehmigungen

widerrufen werden. Zur Abwendung dieser Folgen kann eine Abberufung des Ausführverantwortlichen erforderlich sein.

Zudem können dem Unternehmen Bußgelder in erheblicher Höhe auferlegt und die direkten und indirekten wirtschaftlichen Vorteile vollständig abgeschöpft werden, was zu massiven, teilweise existenzbedrohenden wirtschaftlichen Nachteilen führen kann. Gesetzesverstöße des Ausführverantwortlichen sind darüber hinaus für diesen persönlich oftmals aber auch von erheblicher strafrechtlicher Relevanz.

4. Pflichten des Ausführverantwortlichen

Die wesentlichen Pflichten des Ausführverantwortlichen sind folgende:

- Personalauswahlpflicht:

Der Ausführverantwortliche muß dafür sorgen, daß in den relevanten Bereichen des Unternehmens, die einen außenwirtschaftlichen (exportkontrollrechtlichen) Bezug aufweisen, persönlich zuverlässige Mitarbeiter mit ausreichenden fachlichen, d.h. juristischen und technischen Kenntnissen eingesetzt werden.

- Weiterbildung und Informationspflicht:

Der Ausführverantwortliche hat die mit der Exportkontrolle befaßten Mitarbeiter des Unternehmens regelmäßig zu schulen und über die für sie relevanten Entwicklungen des Außenwirtschaftsrechts auf dem Laufenden zu halten.

- Überwachungspflicht:

Dem Ausführverantwortlichen obliegt die Prüfung, ob die von ihm vorgegebenen Regelungen der Ablauforganisation für Ausfuhren eingehalten werden, was durch Stichproben und Routinekontrollen sicherzustellen ist. Dies beinhaltet auch eine regelmäßige Überprüfung des eingerichteten Exportkontrollsystems auf seine Effektivität.

- Organisation der betriebsinternen Exportkontrolle:

Der Ausführverantwortliche muß ein funktionierendes unternehmensinternes Exportkontrollsystem organisieren (s. nachfolgend unter Ziff. 5).

5. Organisation eines unternehmensinternen Exportkontrollsystems:

5.1.

Zur Erstellung eines internen Kontrollsystems sollte ein schriftlicher Ablaufplan erstellt werden, beginnend mit dem Stadium der Entwicklung eines neuen Produktes über die Auftragsannahme bis zur Auslieferung eines Produktes. An allen Stellen des Ablaufplanes, die für die Exportkontrolle relevant sein können, sollte ein konkreter Prüfschritt vorgesehen werden.

Im Rahmen der Ablaufplanung sollte der Ausführverantwortliche (bzw. die Exportkontrollabteilung) frühestmöglich eingebunden werden. Dies ermöglicht es, ein Projekt ggf. frühzeitig (befristet) stoppen zu können, falls eine entsprechende Ausfuhr z.B. nicht genehmigungsfähig ist (wie im Falle eines Embargos).

Ist eine solche Ablaufplanung vorgesehen mit der Zuweisung der Zuständigkeiten sowie des Zeitpunktes und der Inhalte einzelner Prüfungen, so sind entsprechende konkrete Handlungsanweisungen durch den Ausführverantwortlichen den Mitarbeitern der einzelnen Abteilungen des Unternehmens vorzugeben.

Die Organisation der vorgesehenen Ablaufplanung der Exportkontrolle sollte in jedem Fall auch mit dem unternehmensinternen EDV-System verknüpft sein.

5.2.

Ab einer bestimmten Größe des exportierenden Unternehmens kann der Ausführverantwortliche aufgrund des Umfangs der Aufgaben im Hinblick auf die Exportkontrolle diese nicht mehr alle selbst wahrnehmen. Dann ist eine Abteilung zur Durchführung der Exportkontrollaufgaben unternehmensintern einzurichten. Diese Mitarbeiter sind vom Ausführverantwortlichen sorgfältig auszuwählen, zu schulen und zu kontrollieren.

Diese Exportkontrollenabteilung braucht zur Durchführung ihrer Aufgaben eine gewisse Unabhängigkeit innerhalb des Unternehmens. Wichtig ist dabei, daß keine

Interessenkonflikte auftreten (problematisch ist z.B. die Übertragung von Exportkontrollaufgaben an Vertriebsmitarbeiter).

Die Exportkontrollabteilung sollte dem Ausführverantwortlichen direkt unterstellt sein.

Für die interne Exportkontrolle ist ein ungehinderter und umfassender Informationsfluß von elementarer Bedeutung. Demgemäß sollten alle Bereiche des Unternehmens angewiesen sein, die relevanten Informationen (z.B. über Endkunden und beabsichtigten Verwendungszweck der Lieferung) unverzüglich weiterzuleiten. Darüber hinaus muß die Exportkontrollabteilung berechtigt sein, auf Anforderung jederzeit alle Informationen aus allen Unternehmensbereichen unverzüglich zu erhalten.

Die Ausfuhrkontrollabteilung sollte auch ein Recht erhalten, die Durchführung eines Exportgeschäftes jederzeit (befristet) zu stoppen (bis zur Entscheidung durch den Ausführverantwortlichen).

5.3.

Je größer das exportierende Unternehmen ist, desto wichtiger wird die Ausgestaltung der einzelnen Organisationsabläufe, um insgesamt die Effektivität des unternehmensinternen Exportkontrollsystems zu gewährleisten.

Für rechtliche Unterstützung in diesem Bereich wenden Sie sich bitte an

MELCHERS Rechtsanwälte
Herrn Rechtsanwalt Dr. Bodo Vinnen
Darmstädter Landstraße 108
60598 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 653 000 6-62
Fax.:069 / 653 000 6-40
E-mail: b.vinnen@melchers-law.com